



Starke Allianz

Bei den nächsten Reformschritten im Gesundheitswesen muss die Bundesregierung weiter mit der Solidarität der dort Beschäftigten rechnen.

Bei den nächsten Reformschritten im Gesundheitswesen muss die neue Bundesregierung mit einer politischen Kraft rechnen, die bereits in der vorigen Legislaturperiode viel bewegt hat. Mit dem „Bündnis Gesundheit 2000“ nämlich, das die rund 4,2 Millionen direkt und indirekt im Gesundheitswesen Beschäftigten repräsentiert. Diesem Bündnis ist es in den vergangenen Jahren immerhin bereits gelungen, den Zusammenhang zwischen der Budgetierungs-Politik und der Rationierung von Gesundheitsleistungen fest im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern.

Eine solche Aufklärung der Bevölkerung über die gravierenden Folgen verfehlter Gesundheitspolitik war und ist dringend erforderlich. Allzu lange haben die politischen Verantwortlichen der Bevölkerung suggeriert, die Finanzierungsprobleme der Gesetzlichen Krankenversicherung seien mit einer schlichten Regression der Ausgaben zu lösen – oder gar mit einer Kappung der Einkommen der Gesundheitsberufe.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern konnte verdeutlicht werden, dass Dauerbudgetierung, permanente Arbeitsüberlastung, Überreglementierung und Listenmedizin Defizite sind, die allein durch das Engagement der Beschäftigten nicht mehr kompensiert werden können.

Neben der öffentlichkeitswirksamen Kritik an Missständen haben es sich die im „Bündnis Gesundheit 2000“ vertretenen 38 Organisationen auch zur Aufgabe gemacht, Lösungswege für eine Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems aufzuzeigen

Dies hat das Bündnis zuletzt im September in einem Positionspapier für ein patientengerechtes Gesundheitswesen getan. So tritt es dafür ein, allen Patienten langfristig die Teilhabe am Fortschritt im Gesundheitswesen zu sichern. Alle Patienten sollen Anspruch auf eine individuelle und qualifizierte gesundheitliche Versorgung haben. Bei der Be-

treuung und Versorgung kranker Menschen darf nicht im Vordergrund stehen, was Leistungen im Einzelfall kosten, meinen die Bündnispartner übereinstimmend. Die Entscheidungsgrundlage muss vielmehr sein, dass die Leistungen zur Gesundung und Linderung beitragen.

Notwendige Voraussetzung, um den wachsenden Bedarf an medizinischen und pflegerischen Leistungen decken zu können, ist eine stabile Finanzierungsgrundlage. Scharf zu kritisieren ist daher die fortgesetzte Auszehrung der gesetzlichen Krankenversicherung durch versicherungsfremde Leistungen und der politische Missbrauch zur Entlastung anderer Sozialversicherungszweige.

Das Bündnis strebt an, die Probleme des Gesundheitswesens einvernehmlich zu lösen – gemeinsam mit Politik, Patienten und Krankenkassen. Doch ebenso klar ist: Wenn die Durchökonomisierung des Gesundheitswesens vor dem Hintergrund einer immer stärker um sich greifenden Wettbewerbsdoktrin weiter geht, wenn der Patient anonymisiert und seine Behandlung und Betreuung typisiert zu werden droht, und wenn ein enormer Kosten- und Konkurrenzdruck den Gesundheitsberufen Zuwendung und Menschlichkeit verbietet, wird das Bündnis Widerstand leisten.

Dass das Gesundheitswesen mündig geworden und zum Protest fähig ist, hat es vor fast genau drei Jahren mit einer großen Demonstration in Berlin bewiesen.

Jede Regierung, die eine ehrliche und offene Diskussion über eine patientengerechte Gesundheitsversorgung und ihre Finanzierung verweigert, wird auch in den nächsten Jahren mit einem solchen öffentlichkeitswirksamen Widerspruch einer starken Allianz rechnen müssen.

*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesärztekammer
und der Ärztekammer Nordrhein*